

Die Tagesordnung der italienischen Sozialisten.

Lugano, 2. November. (Privattelegramm.) „Corriere della Sera“ berichtet aus Rom: Gestern versammelten sich die sozialistischen Deputierten, um über eine Tagesordnung zu beraten, in der die in den vorhergegangenen Sitzungen der Gruppe aufgestellten Forderungen festgesetzt erscheinen. Es nahmen an der Beratung unter andern die Abgeordneten Treves, Brampolini, Turati, Graziadei, Modigliani und Mazzoniti teil. Es wurde beschlossen, die militärischen Fragen nicht zu berühren. Die sozialistischen Deputierten werden sich spätestens drei Tage vor der Eröffnung der Kammer in Rom zusammensinden, um über ihr weiteres Vorgehen zu beschließen. Die beschlossene Tagesordnung besagt, daß sich die Leitung der Partei der offiziellen Sozialisten im Gegensatz zur Regierung befinde, die Klassenpolitik betreibe. Die Tagesordnung kritisiert die Internierungen, die auf administrativem Wege erfolgten Ausweisungen, das Wirken der Zensur, die Freiheiten, die man der antiparlamentarischen Kampagne einräumt, die allgemaine Beschäftigungslosigkeit und den unzeitgemäßen Eintritt in den europäischen Konflikt. Die Partei ist überzeugt, daß der Weltkrieg nie das Lebensproblem der Völker lösen werde. Die Tagesordnung erklärt sich schließlich gegen die Ausdehnung des Krieges auf die andern Schauplätze.

Rom, 1. November. Die veröffentlichte Tagesordnung der sozialistischen Kammerfraktion besagt, der Krieg diene der Regierung als Vorwand für militärisch unbegründete Einschränkungen der privaten und öffentlichen Freiheit. Internierungen und Ausweisungen erfolgen als private und parteiische Repressalien. Die Zensur diene skrupellosen Mächenschaften. Die Regierung dulde die planmäßige und schrankenlose Bekämpfung des Parlaments. Die Regierung schone bei fiskalischen Maßnahmen die großen Einkommen, ermögliche skandalöse Gewinne der Heereslieferanten und handle somit der nationalen Eintracht entgegen. Alle balkanischen Hypothesen nächst den parlamentarischen Berechnungen, die zu Italiens Eingreifen in den Krieg führten, seien zusammengestürzt. Jede Erweiterung des Krieges auf neue Kriegsschauplätze sei zu bekämpfen und die Herbeiführung eines gerechten Friedens und der Völkerfreiheit zu begünstigen.